

27.10.2020

Bildungspolitik von der zweiten Welle eiskalt erwischt!

Deutscher Lehrerverband wendet sich mit dringlichen Forderungen und Lösungsvorschlägen an die Politik

„Wenn jetzt nicht gehandelt wird, drohen flächendeckende Schulschließungen!“

Die im Deutschen Lehrerverband (DL) organisierten Verbände DPhV, VDR, BvLB und KEG schlagen Alarm und fordern die Politik in einer konzertierten Aktion auf, den Gesundheitsschutz für Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler in der Corona-Krise deutlich zu erhöhen. Die Pandemiesituation wird sich nicht in kurzer Zeit bewältigen lassen, daher braucht es langfristige Lösungen und verlässliche Handlungsrichtlinien, um das Infektionsrisiko an den Schulen so gering wie möglich zu halten, die dort stattfindenden Kontakte zu beschränken und Abstände zu wahren.

Im bisherigen Betrieb seit der Wiedereröffnung der Schulen, oft ohne Abstandsregeln und Maskenpflicht, setzen die Kultusminister Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler Gefahren aus, die auf offener Straße mit Bußgeldern belegt werden – ganz so, als ob es das Virus in den Schulen nicht gäbe. „Wir sagen: Schulen offen halten: Ja – angepasst an das aktuelle Infektionsgeschehen. Aber Schulen im Vollbetrieb um jeden Preis: Nein! Jetzt braucht es verantwortungsvolles Handeln, weitere Infektionsschutzmaßnahmen und Handlungsrichtlinien bei steigenden Infektionszahlen, sonst drohen in der Konsequenz wieder flächendeckende Schulschließungen“, betont DL-Präsident Heinz-Peter Meidinger.

Lüften ist gut, Lüftungsanlagen sind besser

Die Kultusministerkonferenz KMK will mit der Zahlenkombination 20 – 5 – 20 über den Winter kommen und den vollen Präsenzunterricht gewährleisten, und das trotz rasant steigender Infektionszahlen: 20 Minuten Unterricht, 5 Minuten Quer- und Stoßlüften, um dann erneut 20 Minuten zu unterrichten. Die Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts, Schulklassen ab einem bestimmten Infektionsgeschehen wieder zu teilen, schlägt die Politik ebenso in den Wind wie die Erkenntnisse des Umweltbundesamtes, wonach Lüften ohne zusätzlichen Raumluftfilter in vielen Gebäuden nicht ausreicht. Lüftungsanlagen sind daher an vielen Schulen zwingende Notwendigkeit. Die Installation der Raumluftreiniger hätte zudem den positiven Effekt, dass auch Grippeviren minimiert werden und zusätzliche Krankheitsausfälle vermieden würden. Auch der Einsatz von Plexiglaswänden zwischen den Tischen trägt zum Schutz bei. Es braucht eine schnelle Bestandsaufnahme nach einheitlichen Parametern in allen Bundesländern, um festzustellen, welche Räume bereits durch bestehende Systeme gut gelüftet werden und wie viele Räume eine Unterstützung durch Luftfilteranlagen brauchen. Mehrere Bundesländer haben bereits Programme zur Beschaffung entsprechender Geräte aufgelegt, der Deutsche Lehrerverband fordert die übrigen Länder und die KMK auf, vor dieser Investition in die Gesundheit der Schülerinnen und Schülern und der Lehrkräfte nicht zurückzuschrecken.

Der kritische Grenzwert von Corona-Neuinfektionen wird in immer mehr Städten und Kommunen überschritten. In diesen Hotspots fordert der Deutsche Lehrerverband, die Klassen unverzüglich zu halbieren. „Es empört uns, dass die beschlossenen und vom RKI empfohlenen Richtwerte einer Inzidenzzahl von 35/50 der Corona-Ampel für verschärfte Hygieneschutzmaßnahmen an Schulen von der Bildungspolitik komplett ignoriert werden, um Schulen unter inakzeptablen Bedingungen offen zu halten“, so Heinz Peter Meidinger. „Die KMK hat bei ihrer letzten Sitzung mit ihrer Entscheidung, dass Quer- und Stoßlüften bei Minusgraden ausreichend sei, eine rote Linie überschritten und sich damit aus der Verantwortung gegenüber dem Gesundheitsschutz der Schülerinnen und Schüler gestohlen. Es braucht Richtlinien und klare Handlungsanweisungen, ab welchen Inzidenzzahlen eine Maskenpflicht für welche Klassenstufen gilt und ab wann es notwendig ist, die Klassen wieder zu teilen.“

AHA-Regeln müssen auch in Schulen gelten

„Die Kultusministerkonferenz muss eine ganz klare Orientierung für den Schulbetrieb in ihrem KMK-Vier-Stufen-Modell nach den Vorgaben des RKI geben, anhand derer dann tatsächlich vor Ort entschieden wird“, so die Vorsitzende des Deutschen Philologenverbands, Susanne Lin-Klitzing. „Hier gilt als Maßstab für die Stufe 2 der Inzidenzwert von 35 Fällen binnen 7 Tagen auf 100.000 Einwohner innerhalb einer kreisfreien Stadt oder innerhalb eines Landkreises, für die Stufe 3 der Inzidenzwert von 50, bei dem in den Schulen wieder die AHA-Regeln eingehalten werden sollten, was auf kleinere Klassen hinausläuft. Es ist die Aufgabe der Politik dafür zu sorgen, dass diese Regeln eingehalten werden und die Gesundheitsämter hier entsprechend einheitlich, nachvollziehbar und verlässlich agieren.“

Differenzieren nach Schülergruppen – Präsenz- und Online-Unterricht angepasst an das Infektionsgeschehen in verkleinerten Lerngruppen

Das grundlegende Übel ist, dass die Politik Schule über einen Kamm schert. Statt zwischen den einzelnen Schulformen zu differenzieren und entsprechende Bedarfe von Grundschulern bis hin zu Berufsschülern klar zu definieren, sind Schüler gleich Schüler.

Schülerinnen und Schüler ab der Sekundarstufe II müssen anders als Schülerinnen und Schüler der Primar- und Sekundarstufe I nicht zwingend durchgängig Präsenzunterricht haben, sondern können dann, wenn die technischen Voraussetzungen gewährleistet sind, parallel oder im Wechsel zwischen Präsenz- und Distanzunterricht lernen. Dies sollte vor Ort entschieden werden – orientiert an den Inzidenzwerten gemäß RKI.

„Für unsere ganz jungen Schülerinnen und Schüler in der Grundschule gilt es, so viel Präsenzunterricht zu ermöglichen. Junge Kinder brauchen beim Lernen die Beziehung, um ein tragfähiges Fundament für ihr zukünftiges Lernen aufbauen zu können“, betont Gerlinde Kohl, die Vorsitzende der Katholischen Erziehergemeinschaft (KEG).

Mut zu unkonventionellen Lösungen

Joachim Maiß, Vorsitzender des Bundesverbandes für Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB) weist auf unkonventionelle Wege hin, um flächendeckende Schulschließungen zu verhindern: „Statt mantrahaft alles schön zu reden, müssen gemeinsam schnell umsetzbare Lösungen herbeigeführt

werden: So könnten beispielsweise leerstehende Veranstaltungs-Locations oder Stadtteilzentren als zusätzliche Unterrichtsräume angemietet werden, um Schulklassen zu teilen und so das Gesundheitsrisiko für Lehrkräfte wie Schülerinnen und Schüler zu minimieren. Denn die Unversehrtheit aller hat oberste Priorität, um nicht sehenden Auges in die erneute Schulschließungen mit all ihren gesellschaftlichen Folgen zu rutschen.“

Eugen Straubinger ebenfalls Vorsitzender des Bundesverbandes der Lehrkräfte für Berufsbildung, fordert, dass die Absage der KMK zum Einbau von Lüftungsanlagen gekippt wird und macht folgende Rechnung auf: „NRW-Bildungsministerin Yvonne Gebauer schätzt, dass flächendeckend rund 100 Euro pro Schüler in die Filtertechnik investiert werden müssten – und spricht von Unsummen, die das verschlingen würde. Legt man diese Zahl zu Grunde, müssten bei bundesweit 11 Millionen Schülerinnen und Schüler 1,1 Milliarden Euro investiert werden, um alle rund 43 000 Schulen mit dieser Technik auszustatten. Das sind im Vergleich zu den neun Milliarden Euro, die die Rettung der Lufthansa bisher gekostet hat, Peanuts. Das sollte es den Regierenden wert sein, um das Recht auf Bildung in der Coronakrise nicht zu verspielen.“ Er ergänzt: „Dazu kommt, dass in den Berufsschulen auch Lüftungstechniker und Anlagenbauer ausgebildet werden. Wenn unsere Schulen Lüftungsanlagen aus heimischer Produktion beziehen könnten, hätte dies einen deutlichen Einkommens- und Beschäftigungseffekt für diese Produktionssparte. Dies käme auch den Auszubildenden im dualen System zugute.“

Vergesst die Lehrkräfte nicht!

Durch die vorgeschlagenen Maßnahmen ändert sich das Anforderungsprofil an die Lehrkräfte und die Belastungen steigen deutlich. Distanzunterricht für Zuhause bleibende Schüler ist Mehrarbeit. Bei allen Maßnahmen müssen die Auswirkungen auf und die Anforderungen an die Lehrkräfte berücksichtigt werden, denn es ändert sich Umfang, Art und Inhalt der Lehrtätigkeit. Neben Investitionen in die notwendige technische Ausstattung der Schulen, Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte, deren Fehlen bei den Schulschließungen im Frühjahr schmerzhaft deutlich wurde, braucht es auch weiterhin Unterstützung der Lehrkräfte in der Fortbildung für neue digitale Formate und vor allem auch technisches Personal zur Betreuung des IT-Bereiches.

Aber auch, da ist sich das Präsidium des DL einig, beim Gesundheitsschutz der Lehrkräfte bei ihrer Tätigkeit in den Schulen muss nachgebessert werden. Es sei eigentlich ein Skandal, dass anders als in vielen anderen Berufssparten, die mit vielen Kontakten zu tun haben, Lehrkräfte nicht von den Schulträgern und Länderministerien mit einer ausreichenden Zahl an FFP2-Masken ausgestattet wurden.

Politik muss Verantwortung übernehmen

Auch Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbandes (VDR), fordert klare Handlungsrichtlinien für die Schulen bei entsprechenden Infektionszahlen: „Je nachdem, wie gut die gesamtgesellschaftlichen Maßnahmen zur Kontaktbeschränkung greifen und wie sich daraufhin jeweils regional das Infektionsgeschehen entwickelt, braucht es klare Vorgaben bei bestimmten Richtwerten, damit nicht nach jeder Veränderung der Zahlen nach oben oder nach unten die Debatte um die richtigen Gesundheitsschutzmaßnahmen an den Schulen von neuem geführt werden muss. Es müssen Maßnahmen gelten, die an den Schulen in ganz Deutschland Bildung unter höchsten Sicherheitsbedingungen ermöglichen. Dazu gehören Stufenpläne und beste technische und materielle Ausstattung, wie CO₂-Ampeln, Luftreinigungsfilter und FFP2-Masken, und

bei steigenden Infektionszahlen Klassenteilungen und Zeiträume von Distanzunterricht, die für Eltern möglichst organisierbar und überschaubar bleiben. Allerdings kann es nicht Aufgabe der Schulen sein, entsprechende Maßnahmen festzulegen. Wir Lehrkräfte und Schulleitungen sind keine Ärzte oder Virologen! Die Verantwortung darf nicht länger auf die Kollegen geschoben, sondern muss endlich von der KMK und den Bundesländern als den politisch Verantwortlichen übernommen werden. Aber genau das passiert aktuell seitens der Politik nicht!“

Für Stellungnahmen erreichen Sie die Mitglieder des Präsidiums des Deutschen Lehrerverbandes:

DL-Präsident Heinz-Peter Meidinger: 0160 – 52 75 609 und 030/70 09 47 76 – www.lehrerverband.de

**Bundesgeschäftsstelle DPhV, Bundesvorsitzende Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing:
030 / 40 81 67 89 – www.dphv.de**

**Bundesgeschäftsstelle VDR, Bundesvorsitzender Jürgen Böhm:
089 / 55 38 76 und 0151 – 11 71 55 89 – www.vdr-bund.de**

**BvLB-Bundesgeschäftsstellen, Bundesvorsitzende Joachim Maiß und Eugen Straubinger:
030 / 40 81 66 50 und 0511 / 21 55 60 70 – www.bvlb.de**

**KEG-Bundesgeschäftsstelle, Bundesvorsitzende Gerlinde Kohl:
089 / 26 02 47 99 – www.keg-deutschland.de**

Für den Inhalt verantwortlich: Geschäftsstelle Deutscher Lehrerverband – Anne Schirmmacher